



Abstimmung vom 29.11.2020

# Konzernverantwortung: Volk sagt Ja, Stände lehnen ab

**Abgelehnt: Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt»**

Matthias Strasser

---

**Empfohlene Zitierweise:** Strasser, Matthias (2022): Konzernverantwortung: Volk sagt Ja, Stände lehnen ab. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch). Abgerufen am [Datum].

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

Eine Allianz aus Menschenrechts- und Umweltorganisationen sowie Hilfswerken reicht im Oktober 2016 die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» ein. Die umgangssprachlich Konzernverantwortungsinitiative genannte Vorlage verlangt eine Verschärfung der Haftungsregeln für Schweizer Unternehmen mit Geschäftstätigkeit im Ausland. Die Initiative kommt mit gut 120'000 Unterschriften zustande.

Der Bundesrat anerkennt in seiner Botschaft das Kernanliegen der Initiative. Er stellt sich aber gegen die vorgeschlagenen Massnahmen. Die Regierung erwarte, dass im Land ansässige Unternehmen Menschenrechte und Umweltstandards auch ohne ausdrückliche gesetzliche Grundlage einhalten. Die von der Initiative vorgesehene Sorgfaltsprüfung entlang der gesamten Wertschöpfungskette lasse sich zudem kaum umsetzen, so die Argumentation. Ausserdem gelte es, entsprechende Regulierungen international abzustimmen. Der Bundesrat empfiehlt daher, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Wohl auch weil die Initiant:innen bereits in diesem frühen Stadium eine intensive Kampagne führen und gemäss Umfragen bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung auf Sympathien stossen, arbeiten die zuständigen Kommissionen beider Räte Pläne für einen indirekten Gegenvorschlag aus. Der Nationalrat befürwortet schliesslich eine Variante, die auf Unternehmen mit mehr als 80 Mio. CHF Umsatz pro Jahr und mehr als 500 Angestellten Anwendung finden würde. Die Initiant:innen erklären, die Initiative bei einer Annahme dieser Variante zurückzuziehen.

Der Ständerat stellt sich jedoch gegen den Vorschlag des Nationalrats und favorisiert eine eigene Variante, die Berichterstattungspflichten beinhaltet, aber keine Haftungsregeln für Mutterkonzerne in der Schweiz. Für diesen im Vergleich zum Nationalrat deutlich abgeschwächten Gegenvorschlag setzt sich insbesondere die inzwischen für das Dossier zuständige FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter ein. Es handelt sich um eine Art Gegenvorschlag zum Gegenvorschlag des Nationalrats. In der Einigungskonferenz setzt sich die Variante des Ständerats durch. Die Initiant:innen bezeichnen diese letztlich obsiegende Variante als zahnlosen «Alibi-Gegenvorschlag», mit dem ein Rückzug der Initiative nicht in Frage komme. Schliesslich empfiehlt der Ständerat die Initiative mit 30 zu 13 Stimmen bei zwei Enthaltungen zur Ablehnung, der Nationalrat mit 108 zu 88 Stimmen bei zwei Enthaltungen. GPS und SPS sowie eine Mehrheit der GLP und ein kleiner Teil der CVP-Fraktion stimmen für ein Ja zur Initiative.

## GEGENSTAND

Die Volksinitiative verlangt eine Ausdehnung und Verschärfung der Haftungsregeln für die Tätigkeit von Schweizer Unternehmen im Ausland und von Unternehmen im Ausland, die von Schweizer Firmen kontrolliert werden. Menschenrechte und international vereinbarte Umweltstandards sollen jederzeit eingehalten werden. Eine Sorgfaltspflicht soll auch für

weitere Firmen in der Lieferkette gelten, etwa für Zulieferfirmen der von Schweizer Unternehmen kontrollierten Tochtergesellschaften.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

Die Fronten im Abstimmungskampf gleichen jenen im Parlament. Die grossen bürgerlichen Parteien SVP, FDP und CVP sprechen sich gegen die Initiative aus, alle anderen Parteien sind dafür. Vor allem bei der CVP schliessen sich allerdings mehrere kantonale Sektionen dem Ja-Lager an. Ebenfalls zum Ja-Lager zählen die Gewerkschaften, Umweltverbände und kirchliche Organisationen. Die Initiative mobilisiert auch zahlreiche Unternehmer:innen, die sich in einem Wirtschaftskomitee zugunsten der Initiative aussprechen. Die offiziellen Wirtschaftsverbände bekämpfen die Initiative jedoch dezidiert, darunter Economiesuisse, der Arbeitgeberverband, der Gewerbeverband und die Verbände der Banken- und Versicherungsbranche.

Der Abstimmungskampf zur Konzernverantwortungsinitiative ist einer der intensivsten und längsten der jüngeren Schweizer Geschichte. Die Seite der Befürworter:innen startet ihn noch vor der Schlussabstimmung im Parlament. Argumentativ betont sie, es müsse sich bei der Einhaltung von internationalen Menschenrechts- und Umweltstandards um eine Selbstverständlichkeit handeln. Während der Kampagne weist sie unter anderem auf Fälle von Kinderarbeit und Umweltschäden im Ausland hin, für die Schweizer Unternehmen verantwortlich seien und die die Dringlichkeit des Anliegens deutlich machen sollen. Visuell sind vor allem die an zahlreiche Haushalte versandten orangen Fahnen im öffentlichen Raum präsent. Dass sich auch die Kirchen stark für ein Ja engagieren und unter anderem Banner mit Abstimmungswerbung an den Kirchtürmen platzieren, wird von den Gegner:innen kritisiert. Das Nein-Lager selbst setzt auf eine kurze und intensive Kampagne, die sich vor allem auf für das Ständemehr relevante, kleinere Kantone konzentriert. Inhaltlich hebt es eine Bedrohung für Schweizer Unternehmen inklusive der KMU hervor, die Massnahmen stellten einen Wettbewerbsnachteil dar. Ausserdem handle es sich um «Rechtsimperialismus» bzw. «Neokolonialismus», wenn unternehmerische Aktivitäten im Ausland nach Schweizer Recht beurteilt würden.

Auch das mediale Interesse an der Vorlage ist überdurchschnittlich, wobei das fög (2020) vor allem in der Deutschschweiz eine überwiegend negative Tonalität in der Berichterstattung feststellt. Zudem registriert es eine aussergewöhnliche Emotionalisierung, Personalisierung und Dramatisierung der Debatte. Die Insetrate-Analyse von Heidelberger/Bühlmann (2020) stellt ebenfalls ein grosses Interesse der Medien und weit überdurchschnittlich viele Insetrate zur Vorlage fest, wobei ein klarer Überhang des Nein-Lagers bestehe.

## ERGEBNIS

Zum zweiten Mal nach der Mieter- und Konsumenteninitiative (vgl. Vorlage 174.1) scheitert eine Initiative am Ständemehr: Zwar nehmen schweizweit 50,7% der Stimmenden die Konzernverantwortungsinitiative

an. Eine Mehrheit der Kantone (14,5 Stände) lehnt sie aber ab, womit die Initiative scheitert. Die höchste Zustimmung verzeichnet sie in der Westschweiz (Jura: 69% Ja, Neuenburg: 65%) und in den städtischen Zentren der Deutschschweiz (Städte Bern: 75% Ja, Zürich: 67%). Am tiefsten ist die Zustimmung in den Zentralschweizer Kantonen (Schwyz und Nidwalden je 32% Ja). Im Kanton Zug, wo viele Rohstoffkonzerne domiziliert sind, sagen 35% der Stimmenden Ja. Die Stimmbeteiligung liegt bei 47%.

Die VOX-Nachbefragung (Golder et al. 2021) zeigt, dass die Initiative vor allem im linken Lager (Sympathisant:innen von SP und GPS) stark unterstützt wurde. Mit einer Mehrheit der GLP- und einer nennenswerten Minderheit der CVP-Anhänger:innen habe zudem ein Teil der politischen Mitte zugestimmt. Entscheidend für das Nein der Stände sei die Dominanz der Bürgerlichen in den ablehnenden Kantonen gewesen; bei der SVP-Anhängerschaft betrug der Ja-Anteil lediglich 15%, bei den FDP-Sympathisant:innen 19%. Jüngere stimmten gemäss der Nachbefragung eher zu als Ältere, Frauen eher als Männer. Mit Blick auf das grosse Engagement der Kirchen von Interesse ist die Feststellung, dass religiöse Bindungen für den Stimmentscheid weniger wirksam gewesen seien als politische: Sowohl Reformierte wie Katholik:innen hätten mehrheitlich gegen die Initiative gestimmt, dafür war hingegen eine Mehrheit der Konfessionslosen.

## QUELLEN

fög (2020). *Abstimmungsmonitor zu den Vorlagen vom 29. November 2020, Bericht vom 26. November 2020*. Zürich: Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich.

Golder, Lukas, Martina Mousson, Tobias Keller, Aaron Venetz und Valentina Rötheli (2020): *VOX-Analyse November 2020. Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 29. November 2020*. Bern: gfs.bern.

Heidelberger, Anja, und Marc Bühlmann (2020). *APS-Zeitungs- und Inse-rerateanalyse zu den Abstimmungen vom 29. November 2020. Zwischenstand vom 19.11.2020*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Zumofen, Guillaume (2022). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Initiative populaire «Entreprises responsables – pour protéger l’être humain et l’environnement», 2016–2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 11.01.2022.

Pressebeiträge: Aargauer Zeitung vom 30.11.2020. Neue Zürcher Zeitung vom 15.11.2017 und vom 20.10.2020. Tages-Anzeiger vom 15.11.2017.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 29.11.2020 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäfte 17.060, 16.077 und 17.498).

Bundesblatt: BBI 2016 8107. BBI 2017 6335. BBI 2021 891.